



## Die JobCard

oder:

## Warum ich etwas gegen Elena habe ...

Eine  
Information  
Zur eingereichten Petition  
beim Bundestag.  
Pet 1-16-09-298-040812  
Unterschriftenliste bitte anfordern

### Elena? Wer ist Elena?

Falsche Frage - es müsste heißen: Was ist Elena?

Wenn Sie im Internet z.B. mit Google nach Bildern von Elena suchen, dann werden Sie jede Menge Bilder jüngerer und älterer Frauen dort finden.

Erst auf Seite 19 finden Sie den ersten Hinweis auf das, was "Elena" noch bedeuten kann, nämlich "Elektronischer Entgelt Nachweis". Das wurde noch vor kurzer Zeit auch als Job-Card-Projekt bezeichnet.

Also:

### Was ist Elena?

Zur Beantwortung dieser Frage seien im folgenden die offiziellen Quellen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zitiert (nachzulesen unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/elena-verfahren-flyer,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf> oder geben Sie einfach [www.bmwi.de](http://www.bmwi.de) ein, um auf die Seiten des Ministeriums zu kommen und suchen sie dann nach "Elena").

Dort heißt es unter anderem:

*"Die rund 2,8 Millionen Arbeitgeber in der Bundesrepublik Deutschland stellen Jahr für Jahr 60 Millionen Bescheinigungen aus - davon rund 99 Prozent in Papierform. (...) Ein enormer Aufwand für alle Beteiligten. Die Arbeitgeber und ihre Dachverbände verfolgen deshalb seit einigen Jahren das Ziel, eine zentrale Datenbank zur sicheren Speicherung von Arbeitnehmerdaten einzurichten und sich damit dauerhaft von der Ausstellung und Archivierung der unterschiedlichen Bescheinigungen zu befreien. (...) Dieser berechtigte Wunsch nach weniger Bürokratie und mehr Effizienz wurde von der Bundesregierung aufgegriffen."*

Die "Zentrale Speicherstelle" soll z.B. folgende Daten aller Arbeitnehmer in Deutschland speichern: Bescheinigungen zu und über:

- Mutterschaftsgeld
- Krankengeld bei eigener Krankheit oder Krankheit von Kindern
- Arbeitslosengeld
- Nebeneinkommen
- Ausbildung
- Kindergeld
- Anträge auf Wohngeld
- Altersrente
- Vormundschaftsangelegenheiten
- Verdienstbescheinigungen
- Einkommenserklärungen
- Arbeitsbescheinigungen
- usw.

Jeder Arbeitnehmer muss eine sogenannte Signaturkarte beantragen - sie ähnelt in Form und Größe einer Scheckkarte.

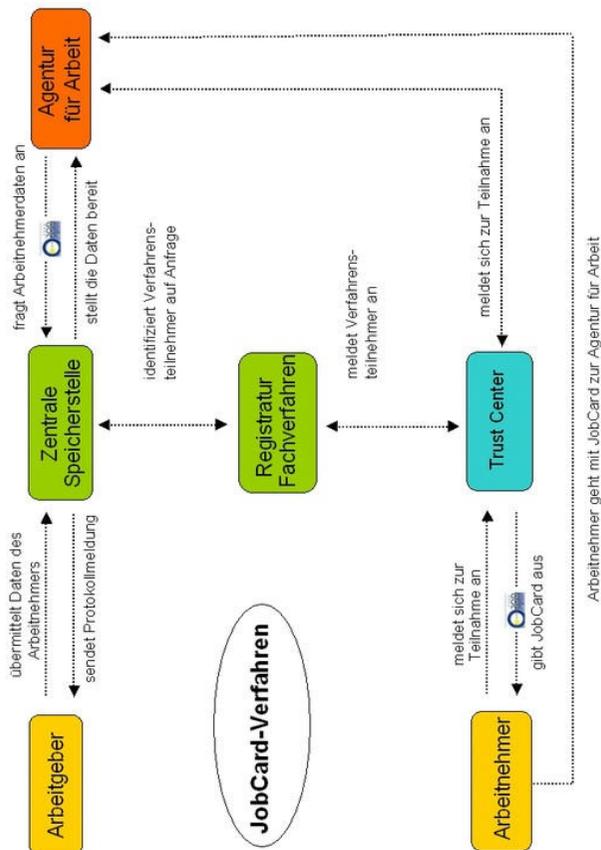
Diese Karte enthält eine elektronische Signatur, die den Besitzer der Karte identifizieren soll. Danach wird diese neue "elektronische Identität" in der zentralen Speicherstelle mit allen Daten der betreffenden Person verknüpft und außerdem mit der Rentenversicherungsnummer gekoppelt.

Jeder Arbeitgeber soll in Zukunft alle betreffenden Daten seiner Angestellten und Arbeiter über das Internet der zentralen Speicherstelle übermitteln, also Daten wie Verdienst, Arbeitstage, Krankheitstage usw. (s.o.). Auf diese Daten dürfen dann im weiteren Behörden und Ämter nach einer zuvor geregelten Berechtigung zugreifen.

Ein entsprechendes Gesetz zur Verankerung von "Elena" wurde entworfen und soll im Herbst 2008 im Bundestag verabschiedet werden.

In 2009 soll dann mit den Vorbereitungen für die Einführung von Elena begonnen werden.

Zur möglichen Veranschaulichung im folgenden ein Bild aus [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de):



Nun - wenn man die Prospekte des Bundesministeriums liest, versteht man als einfacher Mensch zunächst nicht besonders viel.

Trotzdem hört sich das ganze System doch sehr sicher und überzeugend an.

Wir möchten jedoch im folgenden unsere grundsätzlichen Bedenken gegen dieses Projekt begründen:

## Kritik

Zunächst: Ist es zuviel verlangt, bei über 80 Millionen Einwohnern jährlich 60 Millionen Bescheinigungen auszustellen - also weniger als eine pro Einwohner und Jahr?

Das System "Elena" ist für den durchschnittlichen Arbeitnehmer **nicht durchschaubar**. Es gibt auch **keine Wahlmöglichkeit**, ob man an diesem System teilnehmen möchte oder nicht. Man wird dazu gezwungen (und muß auch die Kosten für die Karte z.B. selber tragen!) - als Nicht-Besitzer der JobCard laufen Sie Gefahr, aus dem "System" ausgegrenzt zu werden.

Elena soll angeblich bis zu 500 Millionen Euro pro Jahr an Kosten einsparen helfen.

Dabei bezieht sich das Ministerium auf "*Berechnungen der Arbeitgeber*" aber geht hierzu nicht ins Detail. Genauso wenig wird davon gesprochen, wieviel die Errichtung und die Pflege des Systems (an dem seit August 2002 gearbeitet und gebastelt wird) bisher gekostet hat und **was es in Zukunft kosten wird**. Vor allem, wer diese Kosten zu tragen hat (der Bund, die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer?), wird nicht diskutiert. **Versteckte Kosten** (Anschaffung neuer Hardware, Kartenlesegeräte für 2,8 Millionen Arbeitgeber) werden nicht erwähnt und lassen das Projekt volkswirtschaftlich sinnlos werden.

**Kleine und mittlere Betriebe** werden besonders große Probleme und Aufwände haben, dieses neue elektronische System in ihre Betriebsstruktur einzubinden. Von den danach auftretenden üblichen Problemen mit der elektronischen Datenverarbeitung ganz zu schweigen.

**Die gespeicherten Daten sind höchst sensibel**. Es wird viele Interessenten geben, die gerne wissen würden, wer arbeitet und wer arbeitslos ist, wer wieviel Geld verdient und wer besonders viele Krankentage aufweist - aus welchem Grund auch immer.

Diese Begehrlichkeiten an den Daten werden dazu führen, dass die **Daten** von Ämtern, Behörden oder auch von privatwirtschaftlichen Seiten (Krankenkassen, Banken, Versicherungen, neue potentielle Arbeitgeber) **missbraucht werden**, denn eine generelle Datensicherheit gibt es nicht.

**Falsch eingetragene oder übermittelte Daten** (mit oder ohne böser Absicht) können zu großen Problemen für den Einzelnen führen und lassen sich nicht oder nur sehr aufwendig korrigieren.

Die eingesetzten Verschlüsselungsverfahren und Datenabfrageverfahren entsprechen nicht dem Stand der Technik und bieten Hackern und dem Datenmissbrauch eine breite Angriffsfläche.

Die Daten der Arbeitnehmer werden auch dann gespeichert, wenn sie überhaupt nicht benötigt werden (Vorratsdatenspeicherung). **Dies widerspricht dem** im Bundesdatenschutzgesetz festgelegten **Grundsatz der Datensparsamkeit**.

**Das Ganze führt - anders als beabsichtigt - zu viel mehr Bürokratie und Aufwand**, statt diese zu reduzieren, wie behauptet.

**Sie werden nicht mehr der Herr Ihrer eigenen Daten sein und deswegen:**

- **Bilden Sie sich eine eigene Meinung!**
- **Wehren Sie sich durch Protest!**
- **Sprechen Sie mit Freunden, Bekannten und Politikern!**

Petition wurde eingereicht von:  
V.i.S.d.P. Josef Spohn Gideon-Bacher-Str. 5  
89073 Ulm josef.spohn@freenet.de  
AK-Vorratsdatenspeicherung - OG Ulm  
Weitere Informationen:  
[www.daten-speicherung.de](http://www.daten-speicherung.de)  
[www.vorratsdatenspeicherung.de](http://www.vorratsdatenspeicherung.de)  
[www.allegemeinsam.eu](http://www.allegemeinsam.eu)



**Petition: ELENA bringt Vorratsdatenspeicherung von Arbeitnehmern**

Eingereicht durch: Josef Spohn am 01.Juli 2008 Petitionsnummer: Pet 1-16-09-298-040812

Die Eingabe richtet sich gegen eine weitere Datenschutzwidrige Großdatenbank

Eine weitere Megadatenbank soll laut Regierung zu dem Zweck der elektronischen Ausstellung von Einkommensnachweisen bei der Beantragung von Sozialleistungen entstehen.

Die meisten Daten sind sehr sensibel und werden zum größten Teil nicht benötigt.

Die Beteuerung der Regierung, dass nur „Berechtigte Beamte“, Zugriff zu den Daten habe, kann keinen Glauben geschenkt werden. In der Vergangenheit wurde offensichtlich, dass solche Daten öffentlich zugänglich gemacht wurden. Die Begehrlichkeiten der gesammelten Daten sind nicht nur für die Industrie sondern auch für andere Zwecke, dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

Eine Abwehrmöglichkeit der Betroffenen ist nicht garantiert.

Das ELENA – Gesetz darf so nicht verabschiedet werden. Die Persönlichkeit und Freiheit der Bürger werden eingeschränkt und sind somit verfassungswidrig.

**Ich unterstütze diese Petition:**

Name, Vorname	Straße	PLZ Ort	Unterschrift

Bitte an die Adresse senden: Deutscher Bundestag, Petitionsausschuß, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Petition: ELENA bringt Vorratsdatenspeicherung von Arbeitnehmern**

Eingereicht durch: Josef Spohn am 01.Juli 2008 Petitionsnummer: Pet 1-16-09-298-040812

Die Eingabe richtet sich gegen eine weitere Datenschutzwidrige Großdatenbank

Eine weitere Megadatenbank soll laut Regierung zu dem Zweck der elektronischen Ausstellung von Einkommensnachweisen bei der Beantragung von Sozialleistungen entstehen.

Die meisten Daten sind sehr sensibel und werden zum größten Teil nicht benötigt.

Die Beteuerung der Regierung, dass nur „Berechtigte Beamte“, Zugriff zu den Daten habe, kann keinen Glauben geschenkt werden. In der Vergangenheit wurde offensichtlich, dass solche Daten öffentlich zugänglich gemacht wurden. Die Begehrlichkeiten der gesammelten Daten sind nicht nur für die Industrie sondern auch für andere Zwecke, dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

Eine Abwehrmöglichkeit der Betroffenen ist nicht garantiert.

Das ELENA – Gesetz darf so nicht verabschiedet werden. Die Persönlichkeit und Freiheit der Bürger werden eingeschränkt und sind somit verfassungswidrig.

**Ich unterstütze diese Petition:**

Name, Vorname	Straße	PLZ Ort	Unterschrift

Bitte an die Adresse senden: Deutscher Bundestag, Petitionsausschuß, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

**Petition: ELENA bringt Vorratsdatenspeicherung von Arbeitnehmern**

Eingereicht durch: Josef Spohn am 01.Juli 2008 Petitionsnrmmmer: Pet 1-16-09-298-040812

Die Eingabe richtet sich gegen eine weitere Datenschutzwidrige Großdatenbank

Eine weitere Megadatenbank soll laut Regierung zu dem Zweck der elektronischen Ausstellung von Einkommensnachweisen bei der Beantragung von Sozialleistungen entstehen.

Die meisten Daten sind sehr sensibel und werden zum größten Teil nicht benötigt.

Die Beteuerung der Regierung, dass nur „ Berechtigte Beamte „ Zugriff auf die Daten habe, kann keinen Glauben geschenkt werden. In der Vergangenheit wurde offensichtlich, dass solche Daten öffentlich zugänglich gemacht wurden. Die Begehrlichkeiten der gesammelten Daten sind nicht nur für die Industrie sondern auch für andere Zwecke ,dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

Eine Abwehrmöglichkeit der Betroffenen ist nicht garantiert.

Das ELENA – Gesetz darf so nicht verabschiedet werden. Die Persönlichkeit und Freiheit der Bürger werden eingeschränkt und sind somit verfassungswidrig.

**Ich unterstütze diese Petition:**

Name, Vorname	Straße	PLZ, Ort	Unterschrift

Bitte senden an: Deutscher Bundestag, Petitionsausschuss, Platz der Republik 1, 11011 Berlin